

Prof. Dr. Bontrup, FH Gelsenkirchen

LPK am 7.6.2010 in Düsseldorf: „Jetzt in Bildung investieren!“

Steuerpolitisches Statement

Mit der jetzt ablaufenden schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit acht Jahrzehnten werden womöglich auch die *Bildungsausgaben* von Kürzungen bedroht sein, obwohl hier wegen einer in Deutschland vorliegenden chronischen Unterfinanzierung massive Erhöhungen an staatlichen Bildungsausgaben notwendig sind. Hat die herrschende Politik schon vor der Krise mit ihrem *marktradikalen Privatisierungswahn* und einer gigantischen *Umverteilung von unten nach oben* die Weichen falsch gestellt, so droht jetzt noch mehr Unheil. Kurzfristig, um die kapitalistische Kernschmelze zu verhindern, setzten die Neoliberalen auf ein bis dahin abgelehntes aktives *keynesianisches deficit-spending*. Konsequenterweise wurden so die neoliberalen „Brandstifter“ über Nacht zu keynesianischen „Feuerwehrleuten“. Trotzdem will nach wie vor die weiter herrschende neoliberale Politik nichts vom Keynesianismus wissen. Im Gegenteil: Jetzt werden wieder – und zwar verstärkt – die neoliberalen Irrlehren bemüht um damit von den wahren Krisenursachen ablenken zu können. Mit *Staatsausgabensenkungen* will man nun ernsthaft die Krise beheben. Dies ist ein weiterer verhängnisvoller Trugschluss. Nicht übermäßige Staatsausgaben sind die Krisenursache, sondern eine doppelte Umverteilung von unten nach oben. Nicht nur bei den primären Markteinkommen zu Gunsten der Kapitaleinkünfte, sondern auch durch eine staatlich (politisch) falsche Abgaben- und Steuerpolitik zu Lasten der Beschäftigten.

Was jetzt Not tut ist, die zur Kasse zu bitten, die die *Umverteilungsgewinner* waren. Allein in Deutschland hat es hier bei den privaten Haushalten von 1991 bis 2008 einen völlig ungleich verteilten *Netto-Vermögenszuwachs* in Höhe von fast 1,7 Billionen Euro gegeben.¹ Im selben Zeitraum ist aber die Staatsverschuldung um 820 Milliarden Euro gestiegen. Das ist nicht zuletzt auch einer seit 1998 völlig verfehlten *Steuersenkungspolitik* zu Gunsten der Kapitaleinkünfte geschuldet, die von 2000 bis 2013 trotz einer Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte ab 2007 zu einem *Steuerausfall* in Höhe von 490 Milliarden Euro führt. Einem gigantischen *privaten Reich-*

¹ Eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) für das Jahr 2007 ergab, dass rund zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland kein oder nur ein sehr geringes Vermögen besitzt. Umgekehrt besaßen die oberen zehn Prozent etwa 60 Prozent des Vermögens.

tumszuwachs steht demnach ein enormer Zuwachs an *öffentlicher Armut* gegenüber, der sich u.a. auch in einer Unterfinanzierung des Bildungssektors manifestiert.

Nicht *Kürzungen der Staatsausgaben* sind deshalb das Gebot der Stunde – sie wirken lediglich krisenverschärfend – sondern *Steuererhöhungen bei den Umverteilungsgewinnern* mit hohen Sparquoten, die letztlich Wachstum und Beschäftigung fördern.

Zur Finanzierung der in Deutschland jährlich notwendigen zusätzlichen *Bildungsausgaben* in Höhe von 35 Milliarden Euro (davon würden auf NRW gut 8 Milliarden Euro entfallen) ist es aus wirtschaftlichen wie aus Verfassungsgründen sinnvoll, die vermögensbezogenen Steuern zu aktivieren. Sie sind Einnahmen der Bundesländer, die die wesentliche Verantwortung für Bildung tragen. Die sofortige Aktivierung der 1997 ausgesetzten *Vermögensteuer* würde ein jährliches Aufkommen von etwa 20 Milliarden Euro erbringen. Und dies bei einem Steuersatz von lediglich einem Prozent sowie einem Freibetrag von 500.000 Euro für eine vierköpfige Familie. Das kumulierte Netto-Vermögen lag 2007 in Deutschland bei 6,6 Billionen Euro. Daneben sind endlich die jährlich in Deutschland vererbten Vermögenswerte von 200 bis 250 Milliarden Euro mit international vergleichbaren Erbschaftsteuersätzen zu besteuern. Hierdurch können im Vergleich zu den 2009 erhobenen Erbschaftssteuern in Höhe von rund 4,6 Milliarden bis zu 10 Milliarden Euro bundesweit vereinnahmt werden. Des Weiteren können durch eine konsequente *Bekämpfung der Steuerhinterziehung*, durch einen verbesserten Steuervollzug, die Steuereinnahmen um einige Milliarden Euro erhöht werden.

Es wäre demnach bei einem vorliegenden politischen Willen überhaupt kein Problem die für unser Land bestens angelegten Bildungsausgaben in Höhe von jährlich 35 Milliarden aufzubringen. Sie würden nicht nur die *Bildung* und damit letztlich die *Innovations- und Wettbewerbskraft* der deutschen Volkswirtschaft stärken, sondern auch ein Gutteil der heute gegebenen ungleichen Verteilung der Vermögensbestände berichtigen, sowie den Finanzmärkten die immer noch reichlich vorhandene Überschussliquidität entziehen und so helfen kontraproduktive Spekulationen aus den Märkten zu nehmen. Und nicht zuletzt haben zusätzliche Bildungsausgaben positive multiplikative Wachstums- und Beschäftigungswirkungen.